

# Mythos Einheit?

## Die deutsche Wiedervereinigung als zeitgeschichtliche Herausforderung

---

15.03.2018 von 10:00 bis 12:00 Uhr Fujen Catholic University in Neu Taipeh

1

### Abbildung 1

#### Inhalt

I. Die Rede vom Mythos .....	2
II. Die teleologische Verwandlung von Kontingenz in Kontinuität.....	4
III. Die mythische Ordnungskraft der Einheitserzählung .....	7
IV. Schwierigkeiten mit der Einheit .....	11
V. Die Rede vom Ende und die Realität des Anfangs .....	15
VI. Positives und negatives Gedächtnis .....	17

Die Geschichte des deutsch-deutschen Zusammenwachsens nach dem Fall der Grenzen im Herbst und Winter 1989 hat zwei Dimensionen – eine alltagsgeschichtliche, die die Mühen der Ebene abbildet, und eine staatspolitische, die das „Projekt Deutsche Einheit“ rückblickend zu einem zeitgeschichtlichen Gründungsmythos der vereinigten Bundesrepublik entrückt.

### Abbildung 2

Das Wort „Mythos“ ist schnell zur Hand. Als Wissenschaftler aber müssen wir uns fragen: Ist unsere Gegenwart überhaupt noch mythenfähig?

## I. Die Rede vom Mythos

Mythos und Geschichtswissenschaft zumindest vertragen sich nicht. Im alltagssprachlichen Verständnis meint Mythos „eine Entstellung der Wirklichkeit, ein deformiertes, falsches Bild eines historischen Prozesses oder einer Person, ein aufgeblähter Ballon von Legenden, in den der Historiker mit dem Seziermesser der kritischen Wissenschaft hineinsticht“. Ebenso wenig vertragen sich Mythos und Gegenwart im Zeichen einer visionslos gewordenen politischen Kultur, die in Deutschland und in niemandem besser repräsentiert als durch die deutsche Kanzlerin, Politik mit Nüchternheit und sogar Alternativlosigkeit assoziiert. Verglichen mit den europäischen Nachbarn oder den USA, sei das heutige Deutschland eine weitgehend mythenfreie Zone, konstatierte der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler vor einigen Jahren in seinem Buch über die Deutschen und ihre Mythen.

Konsequenterweise widmete er sich in ihm ausführlich den großen Erzählungen verflussener Zeiten, also Luthers „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“, dem „Mirakel des Hauses Brandenburg“ und dem „Tag von Potsdam“, aber nur sehr knapp den politischen Mythen der Bonner Republik und gar nicht denen der Berliner Republik. In der Tat: Wenn wir mit Münkler unter Mythen historische Groß Erzählungen verstehen, die das „Selbstvertrauen eines politischen Verbandes zum Ausdruck“ bringen, die „Zutrauen und Mut erzeugen“, die nationale Identität stiften, dann hat nicht trotz aller medialen und geschichtspolitischen Anläufe bisher nicht einmal die friedliche Revolution von 1989/90 die Kraft eines Stolz erzeugenden Mythos erlangt, auch wenn sie fraglos genügend Stoff hergeben würde.

Aber zu Heldengestalten wurde der mutige Dirigent Kurt Masur nicht, der am 9. Oktober durch einen Appell zur Friedlichkeit hervortrat und zur

Entschärfung der explosiven Lage auf der alles entscheidenden Montagsdemonstration in Leipzig beigetragen hat. Unsere Erinnerung speichert auch nicht die Namen der beiden MfS-Offiziere Edwin Görlitz und Harald Jäger, die am 9. November 1989 als erste den Schlagbaum einem Grenzübergang von Ost-Berlin nach West-Berlin öffneten, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Weithin vergessen ist auch der mutige Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer, dessen seit 1987 veranstaltete Friedensgebete zum Kristallisationspunkt der montäglichen Massenbewegung gegen das Regime wurden.

Gegen die Rede vom Mythos Einheit spricht schließlich die Empirie: Zwanzig Jahre, nachdem der Spiegel 1969 titelte: „Ist die Einheit nur noch ein Mythos?“,

### Abbildung 3

lässt sich diese Frage unzweideutig beantworten: Die vor 1990 im Denken der einen zur fernen Utopie und im Denken der anderen zur politischen „Lebenslüge“ verblasste Idee eines geeinten Deutschland ist heute eine simple Tatsache. Sie wirft im Jahr ihres 25. Jubiläum viele Fragen auf, aber sicherlich nicht die, ob am 3. Oktober 1990 wirklich die beiden deutschen Staaten zueinander gefunden hätten.

Auf der anderen Seite beruht die Wirkung historischen Mythen seit jeher auf dem Glauben, dass sie von ihren Trägern und Zeitgenossen eben nicht als Täuschung durchschaut, sondern für Wahrheit gehalten werden. Gerade der Umstand, dass die deutsche Einheit so selbstverständlich als historische Tatsache akzeptiert wird, sollte die zeitkritische Frage aufwerfen, ob unsere Gegenwart wirklich eine weitgehend mythenfreie Zone sei. Also: die Deutsche Einheit – doch ein Mythos?

## II. Die teleologische Verwandlung von Kontingenz in Kontinuität

Der Geschichtswissenschaft wird oft Blindheit gegenüber dem Zufall in der Geschichte vorgeworfen. Dass das spontane, irrationale, oft abenteuerliche Handeln Einzelner den Lauf der Geschichte prägt, ist eine „Wahrheit, der sich Historiker nur ungern stellen“, schrieb vor einigen Jahren ein Rezensent in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Und weiter: „Akribisch suchen sie nach Sinn und System in dem, was sich der Systematisierung oft hartnäckig entzieht; Kontingenz zu verdrängen ist die Berufskrankheit der Geschichtsforscher.“<sup>1</sup>

Eine solche Verwandlung von Kontingenz in Kontinuität stellt die staatliche Vereinigung von 1990 dar. Wer nicht mit der Gnade der verspäteten Geburt ausgestattet war, wurde durch den Abbruch des sozialistischen Experiments und seinem rückstandslosen Aufgehen in der westlichen Gesellschaftsverfassung in seinem Handeln und Denken in einem Maße aus einer vertrauten Vorstellungswelt gerissen, das er sich nie hätte vorstellen können. Der rasche und widerstandslose Zerfall der SED-Herrschaft 1989/1990 und die rasante, von keinem Politiker vorhergesehene Entwicklung hin zur deutschen Einheit war eine ‚unerhörte Begebenheit‘. Sie sprengte den Denkraum der Politik, überstieg die Phantasie der Öffentlichkeit, und sie strafte auch die prognostische Kompetenz der Gesellschaftswissenschaften und besonders der DDR-Forschung Lügen. Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin Hans-Otto Bräutigam sprach für die Bonner Politikwelt insgesamt, wenn er im Januar 1989 nicht erkennen konnte, „daß die DDR unter einem Reformdruck von außen steht. Auch nach einem Führungs- und Generationswechsel werde es dort keine ganz

---

<sup>1</sup> Michael Sommer: *Caesar als Aufmischer der Geschichte*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.8.2015

neue Politik geben. Die DDR sei kein Land für dramatische Änderungen und Wechsel. Eine Demokratisierung im westlichen Sinne sei kaum vorstellbar. Dieselbe felsenfeste Überzeugung hatte zur selben Zeit auch Erich Honecker, als er am 19. Januar 1989 auf einer Tagung zum 500. Geburtstag Thomas Müntzers in Ost-Berlin ausrief: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind“. Im selben Denkhorizont arbeitete die DDR-Forschung, für die Gert-Joachim Glaeßner sprach, wenn er 1988 feststellte: „In den 15 Jahren der Ära Honecker hat die DDR an internationalem Gewicht und innerer Stabilität gewonnen.“ Im Jahr darauf, 1989, konnte derselbe Autor immer noch ganz im Einklang mit der Zeitgeschichte feststellen, dass es der DDR „um die Konsolidierung des Erreichten (gehe) und darum, die Weichen für eine krisenfreie Entwicklung der DDR-Gesellschaft bis zur Wende des Jahrhunderts zu stellen. Sie kann dabei, nicht zur Unrecht, eine selbstbewußte Bilanz der Ära Honecker aufmachen“. Wie die Wissenschaft, so die Politik: Auch Zbigniew Brzezinski sprach 1989 in seiner Abrechnung mit dem ‚gescheiterten kommunistischen Experiment‘ der DDR als einzigem Ostblockstaat noch relative Stabilität und wirtschaftliche Entwicklungspotenzen zu.

Wir haben uns nach 1989 schnell dazu verstanden, dieses Versagen mit Kopfschütteln zu betrachten und die Frage, warum zeitgenössische Analysen das nahende Ende der DDR nicht kommen sahen, beispielsweise mit bedauerlicher moralischer Indifferenz oder fachlicher Blindheit zu erklären. Der Umbruch von 1989/90 wurde zu einer Zäsur, die das Denken und Handeln der Zeitgenossen radikal verkehrte und ihm einen neuen Fluchtpunkt gab, den keine Geschichtsschreibung hätte antizipieren können. Er schuf eine grundstürzend neue Perspektive, den Endpunkt einer historischen Entwicklung, der zur Reorganisation des

eigenen Weltverständnisses herausfordert und seine eigene Historizität so aufzog, dass eine kontrafaktische Sicht gegenstandslos wird. Die unwiderstehliche Ordnungskraft der Zäsur 1990 steuert die retrospektive Reorganisierung historischen Wissens. Sie hat neue Denkhorizonte geschaffen, die fachlich nicht einholbar sind, und sie hat das vorher Unmögliche in das rückblickend Unausweichliche verkehrt und damit alle Zeitgeschichtsschreibung zur deutschen Frage zu Altpapier werden lassen. Die historischen Wissenschaften haben auf die Kraft des Faktischen, die ein neues Paradigma an die Stelle des alten setzte, mit hilflosen Erklärungsversuchen reagiert und sich an der Frage abgearbeitet, warum sie das kommende Ende von SED-Diktatur und deutscher Teilung so begriffsstutzig übersehen und in ihren „Deutschen Irrtümern“ befangen blieb; Klaus von Beyme hat den 9. November 1989 sogar in polemischer Zuspitzung zu einem „Schwarzen Freitag“ der sozialwissenschaftlichen Prognosefähigkeit erklärt. Aber sie hat sich in ihrem disziplinären Selbstverständnis nicht erschüttern lassen, sondern lediglich die Emsigkeit der Neuausrichtung auf die epochale Polverschiebung gefördert.

Erst im Nachhinein fügten sich die vielen versteckten Vorzeichen des kommenden Untergangs des Ostblocks zu einem lesbaren Muster zusammen, das uns so naheliegend scheint, dass wir uns die letzten Generalsekretäre des sowjetischen Satellitenblocks nur als anachronistische Gerontokraten und Betonköpfe vorstellen können, die irgendwie und irgendwann aus der Zeit gefallen sind. Nicht umsonst ist der so nie gesagte Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, zum Schwanengesang des Staatssozialismus geworden und die Uhr, die Gorbatschow Honecker zeigte, zu ihrem bildlichen Symbol. Seither hat die Zäsur von 1989 eine historiographische und sinnweltliche Ordnungskraft erlangt, durch die andere geschichtliche

Entwicklungswege in den Schattenbereich des nur noch mit Mühe Vorstellbaren abgedrängt wurden. Der Weg zur Deutschen Einheit ist seit 1990 zu einer Großerzählung des 20. Jahrhunderts geworden, die in ihrer Unangreifbarkeit heute zum Kernbestand westlicher Identität zählt, und eben dies gibt ihr mythische Bedeutung.

### III. Die mythische Ordnungskraft der Einheitserzählung

Mit ihr wurde der 3. Oktober 1990 zu einem historischen Datum, an dem ein über vier Jahrzehnte währendes Ringen zu seinem Ende kam. Die Zuspitzung von Francis Fukuyama, dass das Ende der Systemkonkurrenz das Ende der Geschichte bedeute, blieb zwar eine schnell verworfene Prophezeiung im Überschwang, aber im nationalstaatlichen Kontext erscheint die deutsche Vereinigung als ein zeitgeschichtlicher Fluchtpunkt, auf den alles Handeln davor zulief; „entschlossen, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden“ und „in dankbarem Respekt vor denen, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, die an der Aufgabe der Herstellung der Einheit Deutschlands unbeirrt festgehalten haben und sie vollenden“, seien Bundesrepublik und DDR zusammengekommen, heißt es in der Eingangsformel des Einheitsvertrags.

Die mythische Qualität dieser Erzählung stellt eine zeitgeschichtliche Herausforderung dar. Sie unterwirft das Geschehen davor ihrer Lesart und verschluckt in ihrer teleologischen Sogkraft andere historische Optionen. Nach 1990 stand die sozialliberale Entspannungspolitik im Feuer der historischen Kritik, weil sie nicht mehr danach befragt wurde, ob sie das deutsch-deutsche Zusammenleben erleichtert habe, sondern

danach, ob sie am Ziel der deutschen Einheit festgehalten habe oder nicht. Namentlich der sozialdemokratische Deutschlandpolitiker und Architekt der Entspannungspolitik Egon Bahr, der den Slogan „Wandel durch Annäherung“ prägte, sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, emsig mit den Machthabern gekungelt, aber den Ohnmächtigen die kalte Schulter gezeigt zu haben. Vergeblich versuchte er 1994 vor einer Enquetekommission des Deutschen Bundestags, der auf der Stabilisierung der DDR ausgerichtete Deutschlandpolitik der SPD das Fernziel Wiedervereinigung zu unterlegen, indem er sagte: „Destabilisierende Absichten waren nicht ohne stabilisierende Momente zu erreichen. (...) Kennedy hat das so ausgedrückt: Man muß den Status quo anerkennen, wenn man ihn verändern will.“ Dies trug ihm die spöttische Rückfrage des früheren DDR-Bürgerrechtlers Gerd Poppe ein, ob „das nicht eine eher finale Betrachtungsweise“ sei? „Oder wenn Sie es damals schon so gesehen haben, warum wurde, wenn das spätere Ziel eine Destabilisierung gewesen sein soll, Oppositionsgruppen teilweise sogar noch 1988 vorgehalten, sie würden destabilisierend und deswegen störend, einige sagten sogar ‚friedensgefährdend‘ wirken?“ Für die Opposition in der DDR wiederum unterwarf sich in derselben Sitzung auch der Kommissionsvorsitzende Rainer Eppelmann dem Fluchtpunkt Einheit, wenn er selbstkritisch einräumte: „Wir verstanden das Reden von der ‚Einheit Deutschlands‘, geschah es früher im Osten und später dann auch im Westen, vorübergehend als eine Waffe im Kampf. Als politisches Nahziel war uns die Einheit Deutschlands nicht gegenwärtig.“ Der Zusammenbruch des SED-Regimes und die deutsche Wiedervereinigung wurden für die politischen Eliten des Ostens, aber in mancher Hinsicht auch für die des Westens zu einer Zäsur der deutschen Zeitgeschichte, welche die vordem sicher geglaubte Ordnung der Wirklichkeit unvermutet durch



eine andere ersetzte, wie dies der Physiker Werner Heisenberg einmal beschrieb: „Auch in die Jahre des tätigen Schaffens, in denen dem erwachsenen Manne neue Erfahrungen kaum mehr die Welt verändern, kann eine plötzliche und unheimliche Verwandlung der Wirklichkeit einbrechen. Zu leicht etwa verweben wir in unser Leben eine leitende Idee, einen Wunsch, der bald als der einzige Sinn dieses Lebens erscheint. (...). Dann kann es geschehen, dass das Schicksal die Grundlage des Wunsches plötzlich zerstört, dass es seine Unerfüllbarkeit ein für allemal festlegt. In diesem Augenblick kann sich die Welt in der unheimlichsten Weise verändern. Menschen und Dinge, die lebendig zu uns gesprochen haben, bleiben stumm und sehen starr und unwirklich aus.“<sup>2</sup>

Die teleologische Ordnungskraft des Mythos Einheit kommt am stärksten dort zum Ausdruck, wo sie gegenläufige Handlungsoptionen ausblendet, gleichsam in sich aufsaugt. Der im bundesdeutschen linken Milieu sowie bei den DDR-Oppositionsgruppen einst verbreitete Traum vom „Dritten Weg“ einer demokratisch erneuerten DDR ist daher kein Erinnerungsort der jüngsten Zeitgeschichte. Der revolutionäre Umbruch von 1989/90 hat sich nicht mit der Vision eines demokratischen Sozialismus zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft im Gedächtnis unserer Zeit etabliert, sondern mit dem Pathos einer nationalen Freiheits- und Einheitsbewegung, die folgerichtig in das Ende der über vierzigjährigen Teilung Deutschlands mündete. Die öffentliche Erinnerung wird von einem zeithistorischen Narrativ beherrscht, das die Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 vom Blickwinkel der deutschen Vereinigung vom 3. Oktober 1990 betrachtet und auf die zielstrebige Geschlossenheit des atemberaubenden Revolutionsgeschehens abhebt. In einer solchen Betrachtung, die die friedliche Revolution als gradlinige Entwicklung von

---

<sup>2</sup> Werner Heisenberg, Die Ordnung der Wirklichkeit, München 1989, S. #

der Freiheit zur Einheit im Zusammenspiel von Ost und West versteht , schrumpfen zeitgenössische Zielvorstellungen einer sozialistischen und demokratischen DDR zum realitätsfernen Hirngespinnst von randständigen Sonderlingen, die jeden Kontakt zur Bevölkerung und den politischen Möglichkeiten verloren hätten.

Darin aber steckt eine nachträgliche Verschiebung der Verhältnisse. Wie stark der Einheitsgedanke des 3. Oktober 1990 die Freiheitshoffnung des 9. November 1989 in sich aufgesogen hat, lehren die Zeitzeugnisse.

Unmittelbare Beobachter der radikalen Veränderungen in Ostdeutschland und der von ihr ausgelösten Aufbruchsstimmung zeigten sich gegen Ende 1989 vielfach noch ganz selbstverständlich davon überzeugt, dass die Erneuerung auf eine „sozialistisch inspirierte Alternative zur Konsumgesellschaft in der Bundesrepublik“ hinziele , die Stalinismus und Thatcherismus gleichermaßen hinter sich lassen wolle. Diese Interpretation deckt sich mit zahllosen regimekritischen und oppositionellen Verlautbarungen des Herbstes 1989. „Es geht nicht um Reformen, die den Sozialismus abschaffen, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Lande möglich machen“, deklarierte die Resolution der Künstler vom 18.9.1989 und drückte damit aus, was in vielfältigen Abstufungen den oppositionellen Aufbruch in der DDR insgesamt beseelte: „Niemand forderte das Ende des Sozialismus, keiner dachte an das Ende vom Sozialismus.“ Auch wenn die einzelnen oppositionellen Gruppen die Vision eines Dritten Weges mit erheblichen Abstufungen verfolgten, steht außer Frage, dass die regimekritische Bewegung der achtziger Jahre in der DDR sich insgesamt „an einem alternativen Sozialismus, nicht aber an einer Alternative zum Sozialismus“ orientierte.

Wie inkompatibel diese Idee eines „Dritten Weges“ mit den Zielen und Interessen der in Bewegung geratenen Massen war, sollte sich schon in

den ersten Wochen nach dem Fall der Mauer zeigen. Während zwischen der zweiten Novemberhälfte 1989 und der ersten Februarhälfte 1990 die Zahl der DDR-Bürger, die sich für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“ der DDR aussprachen, von 86% auf 56% sank und die der Vereinigungsbefürworter von 48% auf 79% stieg, proklamierte zeitgleich das Neue Forum als Ziel seiner Arbeit, „dass so etwas wie eine DDR-Identität entsteht, die nach vierzig Jahren Verordnung von oben jetzt vielleicht die Möglichkeit hat, von unten zu wachsen“ In der Folgezeit wurde die die Hoffnung auf einen verbesserbaren Sozialismus in der DDR zu einer Außenseiterhaltung, die in der letzten Volkskammerwahl vom 18. März 1990 kaum noch eine Rolle spielte, während der sich immer machtvoller artikulierende Einheitswillen der Ostdeutschen nicht nur die Politik in Bonn und Berlin vor sich her zu treiben begann, sondern auch den massiven Widerstand gegen die Wiedervereinigung in Moskau, London und Paris von Tag zu Tag hilfloser werden ließ.

Teleologische Sogkraft und historiographische Kontingenzbewältigung machen die deutsche Einheit zu einem Mythos der Zeitgeschichte, der die These von der der heutigen Bundesrepublik als einer weitgehend mythenfreien Zone in erheblichem Maße relativiert. Dennoch kann kein Zweifel sein, dass seine Strahlkraft sich kaum oder noch kaum mit anderen nationalen Einheitsmythen wie etwa dem italienischen Risorgimento oder der polnischen Wiedergeburt nach 1918 vergleichen lässt und bei weitem auch nicht an den einstigen Stellenwert der deutschen Reichseinigung von 1870/71 heranreicht.

#### IV. Schwierigkeiten mit der Einheit

Ein erster und naheliegender Grund für diese geringe Strahlkraft ergibt sich natürlich daraus, dass die staatliche Einheit im vergangenen Vierteljahrhundert nur bedingt zu einer gesellschaftlichen Angleichung

geführt hat und dementsprechend noch immer nicht auf einhellige Zustimmung in Ost und West stößt. Das Konzept Einheit stellt bis heute mehr ein staatliches als ein gesellschaftliches Erfolgsprojekt dar, und der umstrittene Tag der Einheit am 3. Oktober trägt bis heute „mehr die Züge eines Staats- als eines Nationalfeiertags“, wie eine jüngere Untersuchung hervorhob. Insbesondere die oft traumatische Härte des Umbruchs in der ostdeutschen Übergangsgesellschaft ist noch kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Es dauerte 20 Jahre, bis mit der „Dritten Generation Ost“ die Kinder der Wendezeit diese Umbruchserfahrungen thematisiert wissen wollten, und es dauerte 25 Jahre, bis vor einigen Jahren eine erste Ausstellung unter dem Titel „Alltag: Einheit“ im Deutschen Historischen Museum die Erfahrungswelt der Ostdeutschen in den Blick nahm,

#### Abbildung 4

die den Weg in die Einheit vor allem als Transformationsschock und Zwang zur Anpassung erfuhr. Die Lebenswelt der Ostdeutschen veränderte sich in den Jahren nach 1990 in dramatischer Weise, und nur drei Jahre nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz hatte in Ostdeutschland nicht einmal jeder Dritte mehr seinen alten Arbeitsplatz inne.

#### Abbildung 5

Erst aus dem Abstand heraus wird in ganzem Ausmaß deutlich, über welch holpriges Pflaster der Weg zur inneren Einheit verlief – und in wie viele Sackgassen er mündete.

#### Abbildung 6

Auch der Westen unterlag mit einer Verzögerung von nur wenigen Jahren einem tiefgreifenden Wandel der vertrauten Lebenswelt im Zeichen von Globalisierung, Medialisierung und Digitalisierung; insoweit

lässt sich in mancher Hinsicht durchaus von verflochtenen Umbrüchen einer im doppelten Sinne geteilten Geschichte sprechen, in der der neoliberale Umbau der sozialistischen Gesellschaften nach 1990 mit Verzögerung auch zu analogen „Ko-Transformationen“ im Westen führte. Aber nur im Osten wandelten sich Sprache, Werte und Gewissheiten so grundstürzend und mit ihnen Arbeitswelt und Lebensperspektiven ebenso wie gewohnte Hierarchien und Leitbilder.

### Abbildung 7

In historisch unerhörter Weise griff die Vereinigung nicht nur nach der Zukunft der bisherigen DDR-Bürger, sondern auch nach ihrer Vergangenheit. Ein wahrer Aufarbeitungsfuror trat nach 1989 an die Stelle des partiellen Schweigekonsenses nach 1945. Er zerstörte die Kontinuität der alten Funktions- und Machteliten in der Vereinigungsgesellschaft mit einer Unerbittlichkeit, die in grellem Kontrast zur entschlossenen Reintegration der deutschen Nachkriegsgesellschaft steht. Nicht zufällig hat nichts das Renommée der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR so stark untergraben wie das Bekanntwerden des Umstandes, dass 2009 unter den knapp 2000 Mitarbeitern der Behörde auch 47 Mitarbeiter des früheren MfS in niederen Rängen beschäftigt waren.

Sozial- und wirtschaftspolitisch ist die Bilanz des Projekts Deutsche Einheit durchwachsen. Die Infrastruktur im Osten wird heute allgemein als gut bewertet. Aber die Finanzkraft ist nach wie vor geringer und die Arbeitslosigkeit höher; die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig im Osten 9% gegenüber 5,7% im Westen. Für die Wirtschaft sind die fünf neuen Länder bis heute überwiegend eher Produktionsstandort und Absatzgebiet; während die Unternehmenszentralen im Westen angesiedelt blieben.

Die Delegitimierung der SED-Diktatur, die Unrechtsstaatsdebatte und die öffentliche Gleichsetzung von Naziherrschaft und SED-Herrschaft haben ein Übriges getan, um den alltagskulturellen Ost-West-Gegensatz aufrechtzuerhalten und womöglich zu verfestigen. Sechszwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989 fühlen sich viele ostdeutschen Bürger der vereinigten Bundesrepublik noch immer als „Bürger zweiter Klasse“.

Dennoch lässt sich in den letzten zehn Jahren eine fühlbare Entschärfung der Konflikte um die deutsche Einheit beobachten. Zu früheren Jubiläen stand das Trennende und Misslingen der Einheit im Vordergrund des gesellschaftlichen und medialen Diskurses. In den neunziger Jahren hieß das zentrale Schlagwort „Vereinigungskrise“. Zum 15. und zum 20. Jahrestag ging es um das Versagen der Treuhand und den grauen Schleier über den von Helmut Kohl prophezeiten „blühenden Landschaften“. Es stand mehr das Trennende als das Vereinende im Vordergrund; die Einheit wurde als Belastung und Belästigung diskutiert. Wenn die Zeichen nicht trügen, ist diese Zeit vorbei: Die Einheit hat an Pathos verloren, aber auch an Empörungskraft; sie wird dem Anschein nach 2015 pragmatischer als andauernde Unterschiedlichkeit in der Gemeinsamkeit diskutiert – die Wissenschaft spricht hier von der „Gleichzeitigkeit von Konvergenz und Differenz (...) der politischen und sozialen Kultur“ im heutigen Deutschland. Euphorie und Enttäuschung haben im pragmatischen Arrangement zusammengefunden, und der Begriff Vereinigungskrise gilt mittlerweile als Anachronismus. Nach wie vor hinken das Institutionenvertrauen und die Systemakzeptanz in Ostdeutschland deutlich hinter den westdeutschen Werten hinterher, aber der Abstand in der Identifikation mit der bundesdeutschen Ordnung ist kontinuierlich geringer geworden; „die Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben“, erhielt im Herbst 2014 bei 90% der

Westdeutschen und immerhin 72 Prozent der Ostdeutschen auf Zustimmung, während dies 1991 erst 41% der Neu-Bundesbürger bejaht hatten. In Ost wie West finden heute vier von fünf Deutschen, dass die Vorteile der deutschen Vereinigung „alles in allem (...) überwiegen“; dass die Einigung für sie persönlich von Vorteil gewesen sei, bestätigt auch heute die ganz überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen.

## V. Die Rede vom Ende und die Realität des Anfangs

Es kommt ein Drittes hinzu, dass dem Mythos Einheit die Kraft entzieht, und das liegt in den historischen Lasten, die die Geschichte der deutschen Vereinigung mit sich gebracht hat. Der Ukraine-Konflikt und die russische Annexion der Krim haben uns auf die Frage zurückgeworfen, ob der Westen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen Moskau einen Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung zugestanden hatte oder nicht. Die Griechenlandkrise hat die Sorge vor einem zu starken Deutschland in Europa neu geschürt, die 1990 Margret Thatcher, François Mitterrand und Giulio Andreotti zu entschiedenen, aber am Ende machtlosen Gegnern einer deutschen Wiedervereinigung gemacht hatte. Die Radikalisierung der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) geht maßgeblich auf den Einfluss ostdeutscher Strömungen zurück, und auch die ausländerfeindliche Bewegung "Pegida" (Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes) ist zwar ein gesamtdeutsche Phänomen, aber doch maßgeblich von den Verbitterten, „von Wende-Enttäuschten" (Heinz Bude) in Ostdeutschland getragen. Sie steht nur selten für ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, sondern bedient vor allem das diffuse Verlierergefühl unterer Mittelschichten in ländlichen Regionen und hier wieder besonders in den

wirtschaftlich abgehängten Teilen Ostdeutschlands: „In Dresden tanzt der Opernball. In der Lausitz heulen die Wölfe. Jetzt fahren wir zur Demo“; so hat der frühere Leiter der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Frank Richter, dieses Gefühl des sozialen und territorialen Abgehängtseins einmal überliefert.

### **Abbildung 8 Pegida-Demonstranten geben ungerne Gründe an.**

In einem Umfragediagramm<sup>3</sup> kommt eine spezifisch ostdeutsche Unzufriedenheit vieler Menschen zum Ausdruck, die sich nicht arrangiert haben mit den politisch liberalen Zuständen, die mit der Wende 1989/90 über sie gekommen und sie in ihrem Gefühlshaushalt heimatlos gemacht haben. Der ostdeutsche Anteil an fremdenfeindlichen Übergriffen beträgt im Durchschnitt der vergangenen Jahre 60%, der Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung aber nur 17%. Die hässliche Fratze „Dunkeldeutschlands“ (Joachim Gauck) wird besonders dort sichtbar, wo der öffentlichen Raum erst nach 1989 frei gestaltet werden konnte und nicht von der im Westen ausgebildeten Kultur der Zivilgesellschaft beherrscht war.

### **Abbildung 9**

### **Abbildung 10**

Sie wagte sich in der migrantischen Revolution seit 2015 nirgendwo selbstbewusster mit dem Ruf „Wir sind das Pack“ ans Licht als im „Tal der Anfälligen“ im Süden Sachsens; die von Berlin bis Dresden bis Usedom auf Flüchtlingsunterkünfte geschleuderten Hassworte und Brandsätze sind nicht ohne die Geschichte von Teilung und Vereinigung der beiden Deutschländer angemessen zu begreifen.

---

<sup>3</sup> Stefan Niggemeier, Studie über Pegida-Demonstranten zeigt: Pegida-Demonstranten lehnen Teilnahme an Studie ab, 15 Januar 2015. <http://www.stefan-niggemeier.de/blog/20210/studie-ueber-pegida-demonstranten-zeigt-pegida-demonstranten-lehnen-teilnahme-an-studie-ab/>



Die Wiedergewinnung der deutschen Einheit, so wird es von Jahr zu Jahr deutlicher erkennbar, lässt sich nicht als krönender Ende der Geschichte deuten, sondern bildet vielmehr zugleich auch einen unheilvoller Anfang der Probleme unserer Tage: „Seltsam genug ist es schon, aber der Fall der Berliner Mauer war für Europa nicht der Beginn grenzenloser Freiheit, sondern Ausgangspunkt für ein Zeitalter der Zäune“, sinnierte eine führende deutsche Tageszeitung schon bei Ausbruch der Flüchtlingskrise 2015.<sup>4</sup>

### Abbildung 11

## VI. Positives und negatives Gedächtnis

Ein letzter und tiefster Grund dafür, dass die Kraft des Einheitsmythos in unserer Zeit begrenzt bleibt, liegt in der Verfassung der deutschen Geschichtskultur. Unsere dominierende Erinnerungskultur setzt weniger auf die verpflichtende Tradition, sondern auf den befreienden Bruch mit ihr. Der deutsche Dialog mit der Vergangenheit ist kathartisch und nicht mimetisch verfasst, er lebt von der Distanzierung und der Bewältigung, nicht von der Traditionsverpflichtung und dem Kontinuitätsgebot. Die damit verbundenen Grenzen sind scharf gezogen. Sie trennen eine als zeitgerecht definierte Distanzkultur des modernen Westens von der als anachronistisch abgelehnten Affirmationskultur etwa Russlands und der Türkei, die Kommissionen zur Reinhaltung des imperialen Geschichtsbildes bis hin zu Stalin gründen, an der Moskwa ein 56 Meter hohes Bronzestandbild Peters des Großen errichten oder die Rede vom Armeniergenozid als Angriff auf die nationale Ehre verstehen.

In dieser so kritischen wie obsessiven Hinwendung zur Vergangenheit kommt eine Denkhaltung zum Ausdruck, die am stärksten dann am Wert

---

<sup>4</sup> Nik Afanasjew u. a.: *Mauert Europa sich ein?*, in: Der Tagesspiegel, 30.8.2015.

der Erinnerung festhält, wenn diese Erinnerung unbequem ist, wenn sie nicht Stolz auf die Vergangenheit beschwört, sondern Scham und Schmerz hervorruft. Nicht die Helden stehen daher im Mittelpunkt unserer heutigen Geschichtskultur, sondern die Opfer; nicht die stolzen Erzählungen der Gewinnung von Einheit und Freiheit bewegen unsere Zeit, sondern die historischen Verletzungen, die Menschen erlitten und andere Menschen verursacht haben. Der Paradigmenwechsel von der historischen Heroisierung zur historischen Viktimisierung ist freilich kein allein deutscher, sondern ein okzidentaler Trend, und er wird am stärksten fassbar im Aufstieg des Holocaust zum zentralen Bezugereignis des westlichen Selbstverständnisses. Die heute dominante opferzentrierte Erinnerungskultur hat die Beschwörung des Ruhmes durch die Auseinandersetzung mit der Schuld ersetzt. Der damit verbundene Übergang von einer mimetischen Stolzkultur zu einer kathartischen Bewältigungskultur macht es den Symbolen einer gelungenen Vergangenheit im öffentlichen Raum ungleich schwerer als den Symbolen einer misslungenen Vergangenheit. „Lässt sich Freiheit ausstellen?“, fragt in ihren didaktischen Begleitmaterialien etwa die mit Bezug auf die 1848er-Revolution gegründete „Erinnerungsstätte Rastatt“, die den zentralen deutschen Erinnerungsort „für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ bildet. Nicht zufällig blickt auch das auf der Berliner Schlossfreiheit geplante „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ auf eine hürdenreiche Entstehungsgeschichte zurück. Im ersten Anlauf gescheitert und 2007 vom Bundestag beschlossen, sollte es zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution 2014 eingeweiht werden, konnte aber zu diesem Symboldatum nicht fertiggestellt werden, was mehr geschichtspolitische als bautechnische Gründe hatte.

## Abbildung 12

Die öffentlich als „Elefant der Nation“ verspottete „Einheitswippe“ soll zwar jetzt zügig gebaut werden, aber es lässt sich unschwer vorhersagen, dass es wenig Resonanz haben wird: Es spiegelt das falsche Pathos am falschen Ort. Denn der tiefste Grund für das Scheitern des Mythos Einheit liegt nicht in der kritischen Einrede der mythenzerstörenden Geschichtswissenschaft, sondern in der Gedenkkultur der postnationalen deutschen Nation, die den großen Kollektivsymbolen der Moderne zu misstrauen gelernt hat und im Zeitalter der fortschreitenden Individualisierung einerseits und der Transnationalisierung andererseits nicht mehr an die Kraft von vergemeinschaftenden Leitformeln wie „Volk“ und „Einheit“ glaubt. Diese Skepsis belegt die in den ersten Jahren nach 1990 von einer deutlichen Sorge vor einem neuen Hurratriotismus getragene Zurückhaltung der staatlichen Politik gegenüber dem Tag der Deutschen Einheit, in deren Namen Bundespräsident Roman Herzog 1994 seine Landsleute ermahnte, „die Liebe zu unserem Land nicht einen Augenblick zu verschweigen, uns dabei aber (...) ausgesprochen leiser Töne zu befleißigen“. Dieser Satz legt den Kern unserer Geschichtskultur der Gegenwart bloß, die sich von der Idee der Nation verabschiedet hat und ihre Mythen eher in der Aufarbeitung der Vergangenheit sucht als in ihrer Beschwörung für die Zukunft.